

Positionspapier der Jungen Union Hamburg zum Thema Primarschule

Beschlossen von der Landesdelegiertenversammlung am 15.06.2009

Die Hamburger Schulstruktur neu ausrichten – die Hamburger Schüler auf die Zukunft vorbereiten!

1. Die Interessen der Hamburger Schüler und Eltern stehen für uns an erster Stelle

Die Junge Union Hamburg führt in Fragen der Schulstruktur keine ideologische Debatte um die „perfekte Gesellschaft im Kleinen“, sondern setzt sich pragmatisch für die Interessen der Hamburger Schüler ein. Gerade im Wettbewerb mit anderen Bundesländern haben Schüler mit Hamburger Abschlüssen noch zu häufig das Nachsehen. Deshalb darf das Hamburger Schulsystem nicht ideologischen oder politischen Interessen untergeordnet werden – es muss jedem Schüler eine Chance auf eine erfolgreiche und selbstbestimmte Zukunft eröffnen.

In der teilweise schwierigen Zeit der Pubertät ist es wichtig, den Kindern eine gewisse Geborgenheit durch konstantes und angepasstes Lernen zu geben. Mit der geplanten Primarschule soll der Schulwechsel mitten in der Pubertät erfolgen. Es wird den Kindern schwieriger fallen, sich in einer neuen Umgebung einzugewöhnen, und es entfallen die speziellen Konzepte für die Klassen 5 und 6 an den weiterführenden Schulen zur besseren Integration. Insofern ist die Primarschule als politischer Kompromiss anzusehen, bei dem die CDU und GAL um jeweils zwei Jahre von ihren ursprünglichen Zielen abgewichen sind.

Die Junge Union Hamburg steht zu einer christdemokratischen Bildungspolitik sowie zu den parteiübergreifenden Beschlüssen der Enquete-Kommission. Die Junge Union Hamburg sieht weiterhin in der vierjährigen Grundschule das richtige Schulmodell, verkennt allerdings nicht die Realitäten um die Einführung der Primarschule in Hamburg: Es gibt eine parlamentarische Mehrheit in unserer Stadt, die die Einführung der „Einheitsschule“ langfristig anstrebt. Aus der Notwendigkeit heraus, durch eine langfristige christdemokratische Regierungsbeteiligung das Übel der „Einheitsschule“ zu verhindern und die Existenz des Gymnasiums nachhaltig zu sichern, hat die CDU einen Koalitionsvertrag mit der GAL geschlossen, dessen Gegenstand u.a. die Einführung der Primarschule ist.

Die Junge Union Hamburg begrüßt das klare Bekenntnis der Schulsenatorin, jedes Ergebnis eines möglichen Volksentscheids zur Schulstruktur politisch mitzutragen und administrativ umzusetzen. Die Junge Union Hamburg und ihre Verbände bzw. Arbeitsgruppen werden weder die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ bewerben noch andere unterstützende Maßnahmen ergreifen.

Wir verurteilen Aufrufe zu einer „Protestwahl“ bei Europa- und Bundestagswahlen aufs Schärfste als unsachlich sowie undemokratisch. Eine „Protestwahl“ ist für die Idee eines vereinten, friedlichen Europas nicht dienlich. Eine „Protestwahl“ bei der Bundestagswahl wäre ebenfalls ein Armutzeugnis für die Aufrufenden und zugleich ein Missbrauch. Denn es gilt insbesondere bei den Bundestagswahlen zu entscheiden, mit welchen Konzepten der Wirtschaftsstandort Deutschland in Zeiten der Krise wieder fit für den Aufschwung und die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen gemacht werden soll sowie damit in welche Hände wir die politische Zukunft unseres Landes in dieser wichtigen Phase legen wollen.

2. Wir wollen eine erfolgreiche schwarz-grüne Koalition

Die Junge Union Hamburg steht hinter der Koalition zwischen CDU und GAL. Wir wollen, dass diese Koalition erfolgreich ist und auch am Ende der Legislaturperiode dem hohen Vertrauen unserer Wähler gerecht wird. Daher kann es dazu kommen, dass die Junge Union Hamburg die geplante Schulreform hinnehmen muss. Dies unter der Bedingung, dass CDU und GAL umgehend folgende Maßnahmen in die Wege leiten:

2.1 Feste Klassenverbände erhalten

Wir fordern den Erhalt fester Klassenverbände in den ersten drei Jahren der Primarschule und eine entsprechend widerspruchsfreie Formulierung dieses Prinzips im Schulgesetz. Gerade jüngere Kinder benötigen einen festen sozialen Rahmen, in welchem sie sich an das Schulleben gewöhnen können.

Im Schulgesetzentwurf der Bildungsbehörde wird deutlich, dass in Zukunft nicht mehr der Klassenverband im Mittelpunkt stehen soll, sondern der Zugehörigkeit zu einer Lerngruppe eine entscheidende Bedeutung zugewiesen wird. Auch die geplante Erschaffung von Jahrgangsteams steht mit dem Bedürfnis der Schüler nach festen sozialen Gruppen im Widerspruch. Wir fordern deshalb eine widerspruchsfreie Formulierung im Schulgesetz, die diesem Bedürfnis Rechnung trägt.

2.2 Einheitliches Punktesystem einführen

Die Junge Union Hamburg fordert die Einführung eines einheitlichen, differenzierten und durchgängigen Punktesystems von 0 bis 15 für alle Schüler ab Klassenstufe 3.

Ein skaliertes, differenziertes Notensystem als Ersatz für die bisherigen Notenstufen von 1 bis 6 ist begrüßenswert, da sich so alle Schüler ein noch exakteres Bild von der eigenen erbrachten Leistung machen können. Ein Wechsel zum herkömmlichen Notensystem ab Klasse 6 kann nur verwirrend für Schüler und Eltern sein, da eine mögliche Veränderung der Leistungen gerade in der Übergangsphase schwer ablesbar ist. Es ist deshalb sinnvoll, das einmal eingeführte Leistungssystem in der gleichen Form bis zum Ende der Schullaufbahn beizubehalten.

Es empfiehlt sich für das neue Leistungssystem auf die bewährte Punkteskala von 0 bis 15 der gymnasialen Oberstufe zurückzugreifen, die bereits in der Vergangenheit sehr erfolgreich eingesetzt worden ist.

Damit Schüler beim Übergang von der Grundstufe in die Unterstufe eine Vorstellung des bisherigen Leistungsstandes haben und somit auf den nächsten Schulabschnitt vorbereitet sind, bietet es sich an, das erste Zeugnis mit dem vorgeschlagenen Leistungssystem am Ende der Klasse 3 einzuführen.

2.3 Äußere Differenzierung einführen

Wir fordern die Einführung von Unterricht auf unterschiedlichen Leistungsstufen (sog. äußere Differenzierung) ab Klasse 4 mindestens in den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache. Dieser soll auch durch Fachlehrer von Stadtteilschulen und Gymnasien erfolgen.

Die Einführung äußerer Differenzierung ist unverzichtbar, um eine individuelle und gerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler in homogenen Kursen zu gewährleisten. Mit dieser Unterrichtsform kann gezielt auf die unterschiedlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden.

2.4 Primarschulprofile in jeder Region an Schülerbedürfnissen ausrichten

Jeder Schüler einer Region hat bestimmte Bedürfnisse und Wünsche, seinen Schulalltag zu gestalten und zu erleben. Aus diesem Grund soll es an den Primarschulen eine breite Reihe an Pro-

filen geben, die sich an den Schulbedürfnissen der Jugendlichen richten, um zu verhindern, dass sich ein Schulleiter die Profile, die es an seiner Schule gibt, aussuchen kann. Jedes Kind soll die Möglichkeit haben, seinen Fähigkeiten nach, die für sich passenden Profile wählen zu können, ganz gleich in welcher Region es zur Schule geht.

2.5 Grundständige Gymnasien mit besonderen Profilen ab Klasse 4 einrichten

Es muss weiterhin grundständige Gymnasien mit besonderen Profilen ab Klasse 4 mit einem geregelten Verfahren zur Zulassung solcher Gymnasien sowie zur Auswahl der jeweiligen Schüler geben.

Die Problematik für Gymnasien im Zuge der Primarschulreform lässt sich vor allem bezüglich der Ausbildung und Weiterführung von besonderen Profilen festmachen. Da in Zukunft die 5. und 6. Jahrgangsstufe zur Primarschule gehören soll, kann nicht wie in der Vergangenheit schon eine profilbezogene Förderung der Schülerinnen und Schüler in den ersten Jahren stattfinden. Dabei sind aber gerade die betreffenden Jahre von besonderer Bedeutung, denn nur durch beispielsweise eine erhöhte Wochenstundenanzahl in einem Fach kann gewährleistet werden, dass exemplarisch humanistische, musische, sportliche, bilinguale und besondere soziale Profile erfolgreich durchgeführt werden können. Diesbezüglich spielt die Schulzeitverkürzung ebenfalls eine entscheidende Rolle, da durch die Verkürzung um ein Jahr während der Schullaufbahn nun noch weniger Zeit bleibt, die Schülerin oder den Schüler speziell auf das jeweilige Profil bezogen zu fördern.

Deswegen fordern wir die Einrichtung von grundständigen Gymnasien ab Klasse 4 im Rahmen eines geregelten Verfahrens zur Zulassung solcher Gymnasien. Kriterium muss u.a. die Anwahl der Gymnasien von einer bestimmten Anzahl jetziger Grundschulschülerinnen und Grundschulschüler sein, vor allem bezüglich der räumlichen Dispositionen dieser. Die entsprechenden Gymnasien sind anhand ihrer gewachsenen Profilbildung auszuwählen. In diesem Rahmen haben die Eltern ein entsprechendes Wahlrecht, ihre Kinder auf solche Schulen zu senden.

2.6 Für die Beibehaltung des Elternwahlrechts nach Klasse 6 eintreten

Die Junge Union Hamburg tritt für die Beibehaltung des Elternwahlrechts ein, und zwar auch am Ende der Primarschulzeit nach Klasse 6. Die Lehrer – und damit der Staat – dürfen nicht das letzte Wort bei der Entscheidung über die schulische Zukunft der Kinder haben.

2.7 Schulformwechsel unbürokratisch gestalten

Wir fordern ein unbürokratisches Verfahren zum Schulformwechsel und zur Wiederholung einer Klasse. Beides muss weiterhin sowohl auf Initiative des Schülers bzw. seiner Erziehungsberechtigten als auch auf Initiative der Schule (Abschulung) eingeleitet werden können.

Wenn Schülerinnen und Schüler dem Unterrichtsniveau ihrer Klassenstufe nicht folgen können, steht ein Verbleib in dieser Klassenstufe dem Wohl des Schülers entgegen. Die Wiederholung einer Klassenstufe muss deshalb als Möglichkeit erhalten werden, der unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeit von Schülern Rechnung zu tragen.

Falls dieser Weg nicht zum Erfolg führt, ist ebenfalls die Möglichkeit des Schulformwechsels aufrechtzuerhalten. Sie eröffnet der Schülerin oder dem Schüler die Möglichkeit, auf der Stadtteilschule bzw. auf dem Gymnasium in eine Lerngruppe (Klasse) zu kommen, die ebenfalls in einer Lerngeschwindigkeit arbeitet, die dem Schüler eher entspricht.

Der späteste Zeitpunkt für einen Schulwechsel ist das Ende der neunten Klasse, da danach die verkürzte Profiloberstufe beginnt. Diese Grenze ist aus Sicht der Jungen Union sinnvoll, da der bis dahin angesammelte Unterrichtsstoff (bei Wechsel von Stadtteilschule auf das Gymnasium) nach Ende der neunten Klasse nicht mehr aufzuholen ist.

2.8 Schulen in privater Trägerschaft nicht benachteiligen

Die Schulen in freier Trägerschaft dürfen durch die Einführung der Primarschule, insbesondere bei der Finanzierung notwendiger Neu- und Umbaumaßnahmen, nicht benachteiligt werden.

Durch die Schulstrukturreform werden die Schulen in freier Trägerschaft vor große Probleme gestellt. Diese sind mit ihren vielfältigen Bildungsangeboten ein wichtiger Teil des Bildungsspektrums in Hamburg. Als Junge Union sehen wir uns in der Verantwortung, diese Vielfalt zu bewahren.

Die Unterstützung bei der Finanzierung ist deshalb unbedingt notwendig, um eine Benachteiligung derer, die ihren Kindern die Möglichkeit eines speziellen pädagogischen oder konfessionell geprägten Angebots zukommen lassen möchten, zu vermeiden.

2.9 Reformzeitplan anpassen, Finanzfrage klären

Die geplante Schulreform wird beträchtliche Ausgaben verursachen, deren Gegenfinanzierung noch nicht geklärt ist. Damit diese Ausgaben nicht auf Kosten der kommenden Generationen über Staatsverschuldung aufgebracht werden, fordern wir die Klärung der Gegenfinanzierung vor der Umsetzung der Reform.

Hamburg als Handelsmetropole von der weltweiten Wirtschaftskrise besonders hart getroffen worden, sodass die Steuereinnahmen der nächsten Jahre deutlich geringer als vorhergesagt ausfallen werden. Gerade in dieser Situation sind alle Ausgaben auf ihren Beitrag zur Attraktivität unserer Stadt zu analysieren. Während eine Verbesserung des Bildungssystems unumgänglich und notwendig ist, sind hohe, jedoch nicht sachlich notwendige Ausgaben für Umbauten der Schulgebäude angesichts der abzuschätzenden Finanzlage schwer vertretbar. Insofern ist die geplante Schulreform bis zur vollständigen Klärung der Finanzierungsfrage zu verschieben. Auch sollte die Einführung der neuen Schulstruktur erst dann geschehen, wenn eine reibungslose Umsetzung der Reform gewährleistet ist.